



Antrag

der Fraktion der FDP

Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in der 36. Tagung schriftlich über die Situation in den bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes zu berichten. Hierbei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

- in welcher Form (Nutzung bestehender Liegenschaften, Container, Zelte etc.) welche Kapazitäten vorhanden sind,
- wie sich bei den bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen die tatsächlichen Belegungszahlen entwickelt haben,
- welche notwendige Infrastrukturen (medizinische Betreuung, Sprachangebote, Außenstellen der Arbeitsagentur für Arbeit, Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge etc.) jeweils vor Ort vorhanden sind und
- ob eine zeitliche Befristung für die Erstaufnahmeeinrichtung vorgesehen war bzw. ist.

Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert über die geplanten Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes zu berichten. Hierbei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

- in welcher Form sollen die Erstaufnahmeeinrichtungen mit welchen Kapazitäten realisiert werden (Nutzung bestehender Liegenschaften, Container, Zelte etc.),
- welche Versorgungsstrukturen (medizinische Betreuung, Sprachangebote, Außenstellen der Arbeitsagentur für Arbeit, Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge etc.) jeweils vor Ort vorhanden sein werden und
- ob eine zeitliche Befristung für die Erstaufnahmeeinrichtung vorgesehen ist.

Die Landesregierung wird zudem gebeten darzustellen, in welcher Weise die Mobilität von Flüchtlingen geregelt und welche Vorstellungen sie hierzu ggf. hat.

Des Weiteren wird die Landesregierung um Auskunft darüber gebeten, zu berichten, was für den Fall geplant ist, falls eine Kommune feststellt, dass sie keine Aufnahmekapazitäten mehr hat.

Dr. Ekkehard Klug
und Fraktion